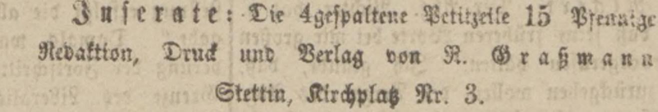
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 16. April 1880. Nr. 178.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 15. April.

Präsident Graf Arnin eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: v. Kameke, von Verdy, v. Faber, v. Xylander und mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung der Militärgesetz-Novelle.

In der allgemeinen Besprechung betont Abg. Magdzinski die große finanzielle Belastung, welche durch die Annahme dieser Vorlage der Bevölkerung von Neuem auferlegt werde. Diese Erwägung müsse um so mehr ins Gewicht fallen, als bei der Steuerreform des vorigen Jahres von den verbündeten Regierungen wiederholt hervorgehoben wurde, daß durch diese Steuerreform eine Entlastung der Reichsangehörigen angebahnt werden solle. Redner wendet sich zu der politischen Seite der Vorlage und führt aus, daß die Gefahren eines Krieges mit Rußland unbegründet seien; man verwechsele den Panslavismus mit dem Slavismus. Er erörtert sodann das Verhältniß Polens zu Rußland, wird aber von dem Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht zur Sache gehöre.

Abg. Dr. Dernburg: Die Frage, um die es sich handelt, ist eine doppelte: einmal sollen wir eine Erhöhung der Präsenzstärke bewilligen und dann sollen wir dieselbe auf eine längere Dauer bewilligen. Der technische Gesichtspunkt ist in dieser Beziehung schon sehr ausführlich behandelt worden in diesem Hause und kann ich über denselben hinweggehen. Mit größerm Ernste wird man die Frage zu behandeln haben, wie die politische Lage im Allgemeinen beschaffen ist. Wir sind von der Autorität, von der wir so gern eine Belehrung über die auswärtigen Fragen erfahren, diesmal nicht berücksichtigt worden. Wir müssen deshalb unsere dilettantische Auffassung zu Rathe ziehen und müssen uns selbst ein Bild über die politische Situation machen. Herr Richter hat sich die Sache sehr leicht gemacht, wenn er für den Augenblick eine Störung des Friedens nicht befürchtet. Ich glaube, der Standpunkt, den wir einzunehmen haben, kann nicht der sein, die augenblickliche Situation allein ins Auge zu fassen, sondern die dauernden Beziehungen Deutschlands zu den Nachbarstaaten in Betracht zu ziehen. Wir stehen einem außerordentlich veränderten Zustande in Europa gegenüber, die politische Situation Deutschland gegenüber ist eine ganz andere geworden. Deutschland ist nach Osten hin engagirt und unser Verhältniß zu Frankreich ist ein sehr zweifelhaftes. Wenn aber die Dinge so liegen, so sind wir verpflichtet, ernstlich zu prüfen, ob das Land noch in der Lage ist, die Mittel für eine Politik zu gewähren, die wir billigen und unterstützen. Wenn wir uns auch nicht der Annahme entschlagen können, daß die Lasten schon sehr groß und drückend sind, so sind wir doch moralisch gezwungen, unsere Zustimmung zu der Vorlage zu geben. Was die Dauer anlangt, so ist dies für mich nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Ich sehe darin nur ein Provisorium und das Volk will keinen Konflikt mit der Regierung, sondern will, daß wir uns auf gütlichem Wege mit der Regierung zu verständigen suchen.

Abg. Freiherr von Schorlemer-Alst: Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß ich in Bezug auf die Armee, für den Militäretat, der Einrichtung den Vorzug gebe, daß bei festgestellter Dienstzeit und festgestellter Präsenzstärke der Marineverwaltung eine bestimmte Position bewilligt wird, natürlich eine Summe, angemessen der Leistungsfähigkeit des Landes. Ich glaube, wir würden dann besser fahren und nicht nöthig haben, in Details einzutreten, denen wir nicht gewachsen sind. Was die Vorlage anlangt, so ist die Frage, das Vaterland wehrhaft zu erhalten bezw. wehrhaft zu machen, so ernst, daß jeder Patriot die Pflicht hat, sie ernstlich zu prüfen und ich kann versichern, daß ich niemals eine Frage ernstlicher geprüft habe, als die, welche uns jetzt beschäftigt, da ich mir bewußt, welche hohen Güter in Frage stehen, aber ich bin mir auch bewußt, welchen Mißdeutungen die Gegner dieser Vorlage ausgesetzt sind, namentlich meiner Partei. Stimmen wir nach reiflicher Prüfung einer Vorlage zu oder lehnen wir sie ab, so ruft man uns zu: seht die Centrumspartei sucht die Freundschaft der Regierung, sie hat Ordre aus Rom bekommen, oder: seht da, die reichsfeindliche, staatsfeindliche, die stets oppositionelle Partei, das Centrum hat wieder Ordre von Rom bekommen. Auf das Verhältniß zu unseren Nachbarn will ich nicht eingehen, es steht da Behauptung gegen Behauptung; ich stelle mich in dieser Frage auf den Standpunkt der Regierungsmotive. Aber wie stehen wir nach Annahme der Vorlage? Dann werden wir mit unserer Kriegsstärke Frankreich kaum gewachsen sein, Rußland gar nicht zu gedenken. Wollten wir unsere Kriegsstärke so weit erhöhen, daß wir Frankreich und Rußland zusammen gewachsen wären, dann müßten wir unsere Armee auf das Dreifache ihrer jetzigen Ziffer bringen. Gegen eine Allianz von Frankreich und Rußland sichert man sich daher viel besser ebenfalls durch Allianz, als durch eine Erhöhung der Friedenspräsenzziffer. Thatsächlich aber glaube ich, daß ein Angriff Rußlands auf uns wegen der in Rußland bestehenden und sich fortwährend vermehrenden inneren Gährung vorläufig undenkbar ist. In Frankreich aber steht ein alter, schwacher Greis an der Spitze. Gambetta steht mit einem Fuß auf der Barrikade, mit dem anderen auf der Börse. Hinter ihm steht bereits Clemenceau und hinter diesem die Ultraradikalen. Außerdem hat Frankreich jetzt den Kulturkampf begonnen, und durch alle diese inneren Kämpfe ist der Kraft zur Offensive der Todesstoß gegeben worden. Auf der anderen Seite müssen wir nicht an Offensivstöße denken, sondern uns mehr auf die Defensive beschränken. Wir müssen namentlich erwägen, wie kolossal drückend die Steuerlast schon jetzt für das Land ist. Das hat ja der Reichskanzler selbst anerkannt. Was soll denn geschehen, wenn Frankreich und Rußland ihre Heere abermals verstärken? So können wir leicht in einen verhängnißvollen Circulus vitiosus kommen, von dem wir nicht wissen, wohin er uns führen soll. Ich habe im vorigen Jahre aus voller Ueberzeugung für die Steuerreform gestimmt, und stimme heute mit derselben Ueberzeugung gegen diese Vorlage. Es giebt auf dem Gebiete des Militäretats eine Grenze, über welche auch der beste Patriot nicht hinauskommen kann. Wir stehen an dieser Grenze. Wir wollen nicht das Vaterland wehrlos machen, aber wir wollen auch nicht die Finanzen aller Bundesstaaten unaufhörlich erschüttern. Im Falle eines frivolen Angriffs der Nachbaren auf uns verlasse ich mich auf die deutsche Tapferkeit. Redner kommt nunmehr zur Frage des Militärdienstes der Geistlichen und befürwortet einen zu § 5 gestellten Abänderungsantrag, diejenigen Personen, welche durch Ordination oder Priesterweihe dem geistlichen Stande angehören, von der Militärpflicht zu befreien. Er behauptet, daß das Recht der katholischen Geistlichkeit auf Befreiung vom Militärdienst mindestens so alt sei, wie das Recht der Standesherren. Endlich wendet sich Redner gegen den Abg. Baumgarten und bittet schließlich um Zustimmung zu dem von ihm gestellten Antrage: es sei nur ein billiger und gerechter Antrag, und er könne sich der Hoffnung nicht verschließen, daß auch die konservative Partei demselben zustimmen werde. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners. Redner hält die gegenwärtige politische Lage Europas für eine derartige, daß die Armeevermehrung geboten sei. Die Bedeutung der Vorlage erkennt er einmal darin, daß die Regierung nicht an frivole Eroberungen denke, aber ihr Schwert in die Waage zu werfen bereit sei, sobald Macht und Ehre des Vaterlandes es erfordere; zum Anderen darin, daß In- und Ausland zu der Leitung unserer auswärtigen Politik volles Vertrauen habe und in diesem Sinne bittet er, der Vorlage wiederholt zuzustimmen.

Abg. Dr. Bamberger: Der von meinem Freunde Abg. Freiherrn von Stauffenberg gestellte Antrag auf eine dreijährige Bewilligung der Präsenzstärke ist von keiner Seite als technisch unzutreffend widerlegt worden. Nur politische Gründe wurden vorgebracht, welche meistens in das hohe Gebiet der auswärtigen Politik hinübergriffen. Abg. Graf Stolberg sagte, wenn wir nur auf drei Jahre bewilligen, dann kommt vielleicht nach drei Jahren schon die Forderung auf Erhöhung der Präsenzstärke, wenn wir aber das Septennat bewilligen, haben wir wenigstens sieben Jahre Ruhe. Das Argument ist nicht neu, vielmehr schon im Jahre 1874 vorgebracht worden. Aber richtig ist es nicht. Denn wenn auch auf sieben Jahre eine Präsenzziffer festgestellt ist, darum müssen wir als Patrioten doch, wenn innerhalb dieser Zeit die Nothwendigkeit dazu eintritt, eine Erhöhung eintreten lassen. Kein Patriot würde in solchem Falle mit Nein antworten. Wir bewilligen die Präsenzstärke doch nicht einer Regierung, sondern in Anbetracht der Situation uns selbst, dem Vaterlande. Wenn man überhaupt von einer Mitwirkung des Reichstages sprechen will, dann liegen politische Gründe in keiner Weise vor, die Bewilligung statt auf 3, auf 7 Jahre auszusprechen; aber auch praktische Gründe liegen nicht vor. Welche Partei auch in Frankreich an der Spitze sei, und ob in England Whigs oder Torries am Ruder sind, wenn eine Mißstimmung gegen Deutschland vorliegt, so ist sie unter dem einen wie unter dem anderen Regime gleich gefährlich. Ich glaube auch, daß es nicht in der Ordnung ist, jetzt Rußland wieder als Erbfeind hinzustellen. Ich möchte besonders davor warnen, daß nicht in der Journalistik diese Stimmen fortwährend laut werden, welche gegen unseren östlichen Nachbar in ähnlicher Weise losziehen, wie es von dortigen Publizisten geschehen ist. Wenn bei uns die öffentliche Meinung auch nicht die Macht ist, wie in England und Frankreich, so ist doch immerhin durch solchen Federkrieg schon manchmal ein Volkskrieg angefacht worden. — Als ich die Verhandlungen von 1874 nachlas, fiel mir auf, daß auch damals der Referent Abg. Miquel die Hoffnung aussprach, das Septennat werde keine feste Institution bei uns werden; er fügte aber hinzu, auch der Kulturkampf werde sicherlich nach 7 Jahren beendet sein. Nun heute ist das noch nicht der Fall. Aber ich glaube, mit Sicherheit können wir heute wenigstens annehmen, daß er in drei Jahren beigelegt sein wird. Wenn also dieser Grund damals für das Septennat Ausschlag gebend war, dann ist er es heute für das Triennium. Abg. Rickert sagte, in der Politik müsse man kompromittiren. Auch ich halte die Politik für eine praktische Kunst, und ich habe oft genug Kompromissen zugestimmt. Aber bedeutet das noch einen Kompromiß, wenn man einfach zu Allem ja sagt, wenn die Regierung auch das möglichste Maximum fordert? Ich will darum über Niemand den Stab brechen. Mein zu seinem großen Bedauern verhinderter Freund von Stauffenberg hat mich ausdrücklich ersucht, unseren Antrag heute in dritter Lesung nochmals zu vertreten. Ich bin dieser Aufforderung gern gefolgt und glaube damit eine politische Pflicht erfüllt zu haben.

Abg. Freiherr v. Maltzahn-Gültz: Bei den sonstigen Zugeständnissen des Vorredners begreife ich nicht, wie er sich der Zustimmung zu der Vorlage der Regierungen nur deshalb entziehen will, weil sie die Bewilligung statt auf 3 auf 7 Jahre verlangt. Dem Abg. Freiherrn von Schorlemer-Alst muß ich erwidern, daß es bezüglich seines Antrages betreffend die Dienstpflicht der Geistlichen in der Vergangenheit nicht so gestanden hat, wie er meint. Zahlreiche Geistliche, evangelische wie katholische, haben ihrer Dienstpflicht mit größter Freudigkeit genügt. Eine Prinzipienfrage ist für die Deutschkonservativen die Sache nicht, und deshalb werden wir auch heute nicht geschlossen stimmen; ich für meine Person stehe auf dem Standpunkt, den ich schon 1874 einnahm. Ich halte den Dienst in der Armee für eine Ehre, und außerdem ist der Militärdienst eine vorzügliche Erziehungsanstalt, deren gute Wirkung ich an mir selbst erfahren habe. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (Hagen) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Rickert bei der zweiten Lesung dieser Vorlage. Der Abg. Rickert hat einen Angriff, den ich gegen die augenblickliche Taktik der nationalliberalen Partei machte, verallgemeinert zu einem Angriff auf die Fortschrittspartei, indem er ihr wieder ihre angebliche prinzipiell negative Stellung vorwarf, und dieser die positiven Erfolge des Zusammenwirkens der nationalliberalen mit der konservativen Partei gegenüberstellte. Allerdings haben wir mit den Nationalliberalen positiv zusammengewirkt, wo es einem wirklichen Fortschritt im liberalen Sinne galt, denn ohne uns hatten die Nationalliberalen keine Majorität. Aber so fruchtbar mit neuen Gesetzen, wie die Nationalliberalen, sind wir nicht gewesen, auch nicht so geneigt zu Kompromissen, wie diese. Aber es will mir scheinen, von Kompromiß zu Kompromiß ist der Liberalismus gesunken. Der Abg. Rickert hat dann Bezug genommen auf unsere Stellung zur Bundesverfassung. Es wird dem Abg. v. Bennigsen unvergessen sein, was er vor 1868 bereits für die deutsche Einheit gethan hat; aber er hat damit nur dasselbe gethan, was wir unsererseits thaten, als es noch nicht so ungefährlich war, für die deutsche Freiheit zu wirken. Es haben auch unter den Nationalliberalen nicht Alle leichten Herzens für die Verfassung gestimmt, sondern nur weil sie glaubten, später das nachholen zu können, was sie für den Augenblick für unerreichbar hielten. Diese Vorausseßuug hat sich nicht erfüllt; auch nicht in der Militärfrage. Bei jeder Militärvorlage kommen dieselben europäischen Argumente wieder: Deutschland hat für seine Wehrhaftigkeit zu sorgen; es handle sich darum, die Errungenschaften der letzten Kriege u erhalten u. A. m. Früher, muß ich gestehen, haben diese Argumente ihren Eindruck auch auf mich nicht verfehlt; seit sie aber immer wiederkehren, auch bei der Bewilligung des 13. Hauptmanns wiederkehrten, haben sie verloren, ihren Zweck bei mir zu erreichen. Dann sagt der Abg. Rickert, 5 Jahre will ich wohl, wenn man aber mit mir kompromittiren will, dann will ich entgegenkommen und auch 7 Jahre bewilligen. Sieht er denn aber nicht, daß ihm die Regierung gar nicht entgegengekommen ist, daß sie einfach ihren Standpunkt aufrecht erhalten hat? (Heiterkeit.) Rickert sagt nun, wenn die Regierung auch nicht mehr als 7 Jahre verlangt hat, sie hätte doch mehr verlangen können (große Heiterkeit), darin liege das Zugeständniß ihrerseits, und dies Vertrauen müsse man rechtfertigen. (Heiterkeit.) Abg. Rickert sagte ferner, wenn man an das Volk appelliren würde, würde es ihm Recht geben. Ja dabei kommt es ganz darauf an, daß man auch die Frage an das Volk richtig stellt. Wenn Sie nicht mit Ihren großen europäischen Fragen kommen, wenn Sie einfach fragen: Ist das Volk überzeugt, daß in der zweijährigen Dienstzeit ein Ausgleich gefunden werden muß gegen die fortdauernde Steigerung der Lasten: dann bin ich nicht zweifelhaft, wie die Antwort ausfallen wird. — Der Abg. Rickert meinte dann, daß solche heiklige Fragen wie die Militärfrage nicht hineingezogen werden dürften in die Volksversammlungen. Aber wenn dies bei militärtechnischen Fragen nicht sein soll, so ist bei den finanz- 2c. technischen Fragen dasselbe der Fall, und wo bleibt dann der Parlamentarismus? Ich fasse meine Aufgabe der Militärverwaltung gegenüber anders auf als der Abg. Rickert; ich habe in der That das Gefühl, zu Sr. Majestät allergetreuester Opposition zu gehören; ich will nicht, daß die Militärverwaltung sich in jene unheilvolle Sicherheit einwiege, wie sie zum Verderben des Vaterlandes nach den Siegen Friedrichs des Großen Platz gegriffen. Wenn sich nicht immer die Bewunderer der Militärverwaltung zwischen uns und die letztere drängten, wenn sie nicht immer mit Vertrauensvoten bei der Hand wären, dann wäre eine Verständigung möglich. Aber wenn sich stets Leute finden, die mit Leichtigkeit der Verwaltung die Verantwortung abnehmen und enthusiastische Reden halten im Augenblick, wo schwere Lasten dem Volke aufgebürdet werden sollen, da begreife ich vollkommen das Verfahren des Kriegsministers, wenn er mit beiden Händen zugreift, was ihm so leichten Herzens geboten wird. Gerade Herr Rickert war es, der im zoologischen Garten zur Antikornzolliga aufforderte, zum Bunde gegen Herrn v. Bennigsen, der die Kornzölle bewilligen wolle. Heute ist er es, der die Standarte des Herrn von Bennigsen stolz voranträgt und uns die Negation vorwirft. Sieht denn Herr Rickert gar nicht, daß die Situation heute nicht mehr die von 1874 ist? In der diplomatischen Kunstfertigkeit sind Sie dem Kanzler nicht gewachsen; ein solcher Diplomat wird in jedem Jahrhundert nur einmal geboren; und er versteht es nicht nur, früher aufzustehen als Herr Windthorst, sondern auch als Herr von Bennigsen. (Stürmische Heiterkeit.) Er manövrirt Sie aus einer Stellung nach der andern heraus, auch aus der letzten, der Stellung gegenüber dem Tabaksmonopol. Man sagt mir ja, daß Herr Rickert auch in dieser Frage seine dilatorische Stellung bereits eingenommen hat. Aber das nützt Ihnen gar nichts! Sie müssen sich einordnen in die drei Kompagnien der Kanzlerpartei; eingeladen sind Sie bereits. (Heiterkeit.) Nein, zum Laviren ist heute keine Zeit. Sie machen ja bereits dieselben Erfahrungen, die die altliberale Partei gemacht, dasselbe Abbröckeln nach rechts und links ergreift auch Sie jetzt. Solchem starken und ganzen Mann, wie

der Kanzler es ist, imponirt man nicht mit Schwäche, sondern nur, wenn man selbst ein ganzer Mann ist, nicht mit der Apathie, die sagt, was der Kanzler will, setzt er ja doch durch. (Beifall links.)

Abg. Rickert: Der Abg. Richter hat u. A. gesagt, daß seine früheren Worte bei mir großen Aerger hervorgerufen hätten. Ich glaube, daß, wenn wir zurückgehen wollen, der Aerger des Abg. Richter größer gewesen sein muß darüber, daß von dieser Seite sich ein Mann gefunden, der über das, was er für das Schiboleth des Liberalismus ansieht, den Muth hat, anderer Meinung zu sein. Glauben Sie denn, Herr Richter, daß Sie die Wahrheit unfehlbar haben, und daß Sie diejenigen, die einmal wagen, gegen diese Wahrheit zu opponiren, auf den Index setzen können? Nein, Herr Richter, Ihr Index schreckt mich nicht. Wenn das Volk den Männern, die Sie auf den Index setzen, in Folge davon den Rücken kehrte, dann würden wir Ihrem Index mehr Beachtung schenken. Bis jetzt haben aber die Massen noch nicht Lust, dem Abg. Richter zu folgen! Nun frage ich, hat der Abg. Richter nur Ein Wort über die Militärvorlage gesprochen? Fortwährend hat er gegen den Abg. Rickert gesprochen und sich in allgemeinen Redewendungen gegen mich gewandt. Diese Zeichnung dessen, was liberal ist und was nicht, ist merkwürdig. Aber nicht alles ist liberal, was der Abg. Richter will. Vor Allem ist meiner Meinung nach das Kennzeichen eines wahrhaft liberalen Mannes, daß er auch die Meinung, die gegen ihn ist, respektirt. Ist das liberal, in allen Wählerversammlungen zu erklären: „Das sind die Nationalliberalen, fürstlich Bismarck'sche Abgeordnete!“ Eine ganze Anzahl Abgeordneter, Herr Richter, auch aus Ihren Reihen, hat bisher geflissentlich die Taktik beobachtet, nicht etwa andere Parteien anzugreifen, sondern sich den Parteien freundlich zu nähern, auf deren Unterstützung sie angewiesen sind. So lange dies das Ziel Ihres Strebens ist, so lange paktiren wir allerdings mit Ihnen. Wir verlangen aber auch Respekt vor unserer Meinung, und so lange Sie uns diesen versagen, paktiren wir nicht mit Ihnen. Sie sind ja schlimmer als die konservativen Herren. Der Abg. Bamberger hat schon hervorgehoben, daß die Differenz zwischen uns und ihm gar nicht so groß ist. Er ist für 3 Jahre und nicht für 7 Jahre. Man sollte nun meinen, der Abg. Richter würde nun Herrn Bamberger angreifen, nur um den Gegensatz zwischen sich und dem Genannten möglichst herauszukehren. Aber wenn man in die Zeitungen sieht, ist der Abg. Richter derselbe Kompromißmacher, wie wir. Heute nehmen Sie den Abg. Bamberger heraus, weil er mit Ihnen den Abg. Rickert vernichten will, morgen wird von dem Abg. Bamberger gemeinschaftlich mit dem Abg. Lasker so gesprochen werden, als ob er der Mann sei, der an Allem die Schuld trägt. Wenn man sich die Mühe giebt, wird man finden, daß nicht nur die nationalliberale Partei, sondern daß alle Parteien im Hause paktiren. Das ist nicht nur beim Centrum und uns der Fall, bei den Konservativen auch. Das ist ja eben das Wunderbare, daß der Abg. Richter mir vorwirft, daß ich nun auch mit dem Abg. v. Kardorff zusammengehe. Der Abg. Richter hat es im Interesse seiner Partei gefunden, darauf hinzuweisen, daß er gehört hätte, daß ich bereits vor geraumer Zeit mit mehreren Kollegen über die Einführung des Tabakmonopols konferirt hätte. M. H., die ganze Behauptung reduzirt sich auf die Thatsache, daß ich mit mehreren Kollegen, mit denen ich gewöhnlich derartige Dinge bespreche, die Frage ventilirt habe, ob der bezügliche Antrag Richter mehr denjenigen zu Gute komme, die das Tabakmonopol wollten, oder den Gegnern desselben, und die Herren, die ich fragte, waren mit mir übereinstimmend der Meinung, daß Ersteres der Fall sei. Nun frage ich, wohin sollen wir kommen im parlamentarischen Leben, wenn ein Kollege dem andern hier solche Vorwürfe machen will. Wenn ich von Ihnen, Herr Richter, das Alles erzählen wollte, was Sie auf andern Gebieten gethan haben, dann würde ich kein Ende finden (große Heiterkeit!). Nein, verehrter Herr, Sie können auch in Zukunft noch oft derartige Aeußerungen von mir vorbringen, — Sie werden mich damit nicht abhalten, die Politik zu treiben, die ich für gut halte. Der Abg. Richter scheint meine letzte Rede, zu welcher der Abg. v. Kardorff heute Additions- und Subtraktionsexempel von 130 Millionen neuer Steuern gemacht hat — wenn es auch etwas weniger ist, es bleiben nach der Vorlage noch immer 113 Millionen — nicht genau gelesen zu haben; er würde daraus ersehen haben, daß ich von einem Kompromiß heute gar nicht gesprochen, sondern gesagt habe, die 7 Jahre wären das Resultat eines im Jahre 1874 mit den Bundesregierungen abgeschlossenen Kompromisses. Die Bundesregierungen hätten diese Basis auch für die Zukunft beibehalten und ich würde nun für 7 Jahre stimmen, wenn ich etwas anderes nicht erreichen kann. Wenn der Abgeordnete Richter meint, es wäre ja leicht gewesen, den Reichskanzler zu bewegen, eine neue Militärverfassung zu geben, die die Forderungen der Fortschrittspartei berücksichtigt hätte, so weise ich darauf hin, daß damals nicht einmal der Antrag von Forckenbeck angenommen wurde, der die Dienstzeit auf „höchstens 3 Jahre“ festgesetzt wissen wollte, sondern auch das war der Majorität noch zu viel. Und nun glaubt Herr Richter gar, der Reichskanzler hätte dem Willen der Fortschrittspartei nach einer neuen Wehrverfassung Folge gegeben. Das ist eben der Fehler Ihrer Partei, daß sie sich immerfort in Illusionen bewegt. Dem Abg. Bamberger würde ich anheim geben, den Bericht aus dem Abgeordnetenhause aus den Jahren 1872 und 1873 über die Militärvorlage zu lesen. Die Majorität, wesentlich auch die Fortschrittspartei, verlangte damals einen § 3 des Militärgesetzes, worin gesagt war: „Die Stärke des Heeres im Frieden soll durch ein Gesetz festgestellt werden. Auf Grund dieser Feststellung erfolgt die alljährliche Bewilligung der Ausgabe.“ Damals waren also drei Jahre die Forderung der Fortschrittspartei, heute wollen Sie die Grenze des Liberalismus darin finden. Ich habe gesagt, die Frage, wie stark die Bataillone und die Kompagnien sein sollen, solle man nicht für jede Legislaturperiode noch einmal vornehmen, diese rein technische Frage ist ja nicht so prinzipiell wichtig. Ich wollte dem Abg. Bamberger nur sagen, daß ich voll und ganz auf dem Boden stehe, den er einnimmt. Aber unsere Mission liegt doch auf der andern Seite, wir haben die Gewähr für den Frieden zu finden. Ich bin im Innersten überzeugt, doß wir den Frieden für die Dauer nicht erhalten können. Ich will ihm ein kostbares Wort zurufen, das er selbst bei der Debatte im Jahre 1873 geäußert hat: „Ich glaube, wir sollen so handeln, als ob wir angegriffen worden sind, und so sprechen, als ob wir angegriffen werden können.“ Das war die Tendenz, aus der wir damals unsere Stimme für die Vorlage abgaben.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird ein Antrag auf Vertagung abgelehnt und in die Spezialberathung des Gesetzes getreten.

Die §§ 1 und 2 werden ohne Debatte angenommen.

(Abg. v. Forckenbeck, der bei der Abstimmung in der zweiten Berathung fehlte, stimmt gegen den § 1.)

Bei § 3, zu welchem Abg. v. Schorlemer seinen Antrag auf Befreiung der Geistlichen vom Militärdienste wieder eingebracht hat, nimmt unter größter Unruhe des Hauses

Abg. Baumgarten das Wort, um sich gegen diesen Antrag zu erklären. Die Würde des Geistlichen fordere es gerade, daß auch er an dieser Ehrenpflicht theilnehme.

Nach Beendigung seines Vortrages wird ein erneuter Antrag auf Vertagung angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Liebknecht auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Wiemer, Fortsetzung der dritten Berathung des Militärgesetzes, dritte Berathung des Antrags Windthorst-Varnbüler wegen Aufhebung des Flachszolles und zweite Berathung des Sozialistengesetzes.)

Schluß $3\frac{3}{4}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. April. Die Gerüchte über den Eintritt des Fürsten Ernst von Leiningen in den deutschen Reichsdienst bezw. als Chef der deutschen Marine sind darauf zurückzuführen, daß mehrere dem Fürsten nahestehende Personen eine solche Eventualität als wünschenswerth bezeichnet hatten, jedoch sehr bald die Ueberzeugung gewinnen mußten, daß ihre Wünsche an dem Willen des Fürsten scheitern würden. Der Fürst wurzelt mit allen seinen Anschauungen und Empfindungen in englischen Verhältnissen, so daß an eine Aufgabe seiner Stellung als englischer Admiral nicht zu denken ist. Im Uebrigen ist der Fürst aber auch nicht in die Lage gekommen, eine Stellung in der deutschen Armee abzulehnen, da ihm ein solches Anerbieten gar nicht gemacht worden ist.

— Obgleich den Mitgliedern des Bundesraths seit dem Bestehen dieser Behörde Geheimhaltung der Verhandlungen und der Drucksachen amtlich aufgelegt war, erschienen doch seit Jahren detaillirte Berichte aus den Sitzungen und die Drucksachen des Bundesraths ihrem Wortlaute nach regelmäßig in gewissen Zeitungen. Mit Ausnahme der amtlichen Berichte erwiesen sich alle vorbezeichneten Veröffentlichungen als solche, welche auf nicht geradem Wege an die Oeffentlichkeit gelangt waren. Nach langen vergeblichen Versuchen scheint man jetzt der Quelle auf die Spur gekommen zu sein. Wie es heißt, ist die Disziplinar-Untersuchung gegen einen Beamten eines Reichsamts eingeleitet, und einige Korrespondenten größerer Blätter sind in dieser Sache vor den mit der Voruntersuchung betrauten Kammergerichtsrath Hoffmann nach dem Reichsjustizamt als der Disziplinar-Behörde vorgeladen und dort vernommen worden

Ausland.

Paris, 13. April. Heute Morgen hat im Elysee ein Ministerrath stattgefunden, dem mit Ausnahme der noch von Paris abwesenden Herren Jules Ferry und Magnin sämmtliche Mitglieder des Kabinets beiwohnten. Wie bereits mitgetheilt, ist in diesem Konseil beschlossen worden, die Protestbriefe der Bischöfe einfach zu den Akten zu legen, d. h. ebenso wie die Ausschreitungen der ultramontanen Presse ungeahndet zu lassen. Dieser Beschluß, den Ultramontanen in ihren Angriffen gegen die Regierung volle Freiheit zu gewähren, mußte natürlich auch den Radikalen zu Gute kommen; man hört denn auch, daß die Minister sich dahin entschieden haben, die von der Staatsanwaltschaft beantragte gerichtliche Verfolgung der Kommunarden, welche in voriger Woche gelegentlich einer Manifestation am Grabe Floureus' mordbrennerische Reden gehalten haben, nicht zu gestatten. Uebrigens soll sich auch in dem Ministerrathe die Ansicht geltend gemacht haben, daß die bisher eingelaufenen Protestbriefe der Bischöfe in einem unerwartet gemäßigten Tone geschrieben seien und eigentlich kaum Anlaß zu einer Aktion vor dem Staatsrathe geben könnten, und was die ultramontane Presse anbetreffe, so dürfe von einer gerichtlichen Verfolgung derselben nicht die Rede sein, so lange man es für angezeigt erachte, die von den ultraradikalen Journalen täglich begangenen Preßvergehen ungestraft zu lassen.

Es wird sich nun bald zeigen, ob es der Regierung möglich sein wird, dieser nach beiden Seiten hin geübten Toleranz keine Schranken zu ziehen. Jedenfalls wird diese beinahe unbeschränkte Preßfreiheit, welche augenblicklich die französischen Journale genießen, ein interessantes Experiment sein, auf dessen Ausgang man wohl gespannt sein darf.

Washington, 14. April. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten hat eine Resolution beschlossen, durch welche der Präsident Hayes ermächtigt wird, wegen Aufhebung der Beschränkungen für die Einfuhr amerikanischen Tabaks mit Frankreich, Spanien, Oesterreich und Italien Verhandlungen anzuknüpfen.

Provinzielles.

Stettin, 16. April. Die Lebensversicherung auf den Todesfall zu Gunsten der Ehefrau oder der Kinder oder sonstiger Personen bewirkt, nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, V. Civilsenats, vom 25. Februar 1880, im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts, daß die Versicherungssummen nach dem Tode des Versicherungsnehmers unmittelbar dem Versicherten — Dritten — und nicht dem Nachlaß des Versicherungsnehmers gehören. „Die §§ 2280, 2293 fg. Th. II., Tit. 8 des Allg. L.-R. lauten dahin, daß die Zahlung der Versicherungssumme bei ihrer Fälligkeit an Denjenigen geschehen müsse, auf dessen Namen die Police lautet, oder dem sie von diesem cedirt worden ist, und daß der so legitimirte Inhaber der Police, event. nach erbrachter Todeserklärung, die versicherte Summe vom Versicherten fordern könne; von einem vorherigen formgerechten Beitritt zum Versicherungsvertrage ist die Zahlungspflicht und das Recht auf Zahlung nicht abhängig gemacht.

— Die Kleeberg'sche Menagerie verläßt heute unsere Stadt und wird demnächst die von derselben innegehabte Ausstellungshalle gedielt und zu Stallungen für den Circus Herzog eingerichtet werden. Der Bau des Circus schreitet rüstig vorwärts und dürfte noch vor der festgesetzten Zeit vollendet werden. Herr Direktor Herzog trifft mit seiner Künstlergesellschaft Anfangs Mai hier ein und befinden sich einige der berühmtesten Artisten darunter; ferner sind mehrere neue Pantomimen mit brillanter Ausstattung und Ballet vorbereitet. Der Marstall zählt 80 Pferde, worunter sich 40 der edelsten Freiheits- und Schulpferde befinden.

— Am Dienstag Nachmittag lockte eine unbekannte Frauensperson die 4 Jahre alte Tochter eines Eisenbahnbeamten, welche vor dem Hause Oberwiek 34 spielte, an sich und zog ihr ein Paar goldene Ohrringe mit blauer Emaille im Werthe von 6 Mark aus den Ohren. Um das Kind zu beruhigen, gab sie demselben eine völlig werthlose Perlschnur.

— In der Nacht vom 13. zum 14. d. M. wurden dem Holzwaarenhändler Voß von seinem Standplatze auf dem Jahrmarkte an der grünen Schanze Holzwaaren im Werth von ca. 15 Mark gestohlen.

— Die Wittwe Louise Auguste Wilhelmine Köhn geb. Grapenthin aus Pasewalk, eine bereits vielfach bestrafte Diebin, kam Ende vorigen Monats nach Stettin und begab sich zu mehreren, auf der Ritterstraße und dem Klosterhof wohnenden Frauen, denen sie erzählte, daß sie soeben von außerhalb zugezogen sei und hier Wohnung suche. Dabei benutzte sie stets eine kurze Abwesenheit der Frauen aus dem Zimmer und entwendete denselben Geld. Gestern gelang es, die Diebin zu ermitteln und zu verhaften.

— Noch nie sind auf dem hiesigen Jahrmarkt so viel Taschendiebstähle vorgekommen, als auf dem gegenwärtigen und es scheint, daß einige auswärtige Diebe zu Gastrollen hierher gekommen sind. Der heutige Polizeibericht bringt wieder mehrere derselben; so wurden der verehelichten Fuhrherr Ludwig auf der Lindenstraße bei einer Posamentierbude ein Portemonnaie, enthaltend ein 20-Markstück, ein 10-Markstück, 3 einzelne Thaler und circa 7 Mark kleines Geld; einer unverehelichten Otto ein rothledernes Portemonnaie mit circa 6 Mark und einer Wittwe Schönbeck aus Angermünde ein Portemonnaie mit circa 51 Mark gestohlen.

Stargard, 15. April. In der hiesigen Reparatur-Werkstatt der hinterpommerschen Eisenbahn hatten gestern zwei Arbeiter eine ca. 2 Ctr. schwere Waggonfeder nach einem andern Raume zu tragen, wobei sie eine mit Schmieröl stark getränkte unebene Stelle zu passiren hatten. Der Arbeiter Grimm glitt, indem er in eine Vertiefung trat, hierbei aus, wobei die schwere Feder ihm auf die Schulter und Brust fiel. Sowohl durch diesen Schlag, wie durch eine Rückgratsverletzung, die er beim Falle durch eine hinter ihm liegende Schiene erhielt, stark beschädigt, mußte Grimm in einer Droschke nach seiner Behausung gefahren werden.

Vermischtes.

— Dem gewöhnlich vortrefflich unterrichteten „Schw. M.“ berichtet aus Petersburg unterm 8. d. Mts. ein dortiger Korrespondent: „Wie ich aus guter Quelle mittheilen kann, hat der Leibarzt Dr. Botkin auf direkte Forderung des Kaisers demselben vor einigen Tagen eröffnet, daß er kaum Hoffnung habe, daß die Kaiserin das in $3\frac{1}{2}$ Wochen bevorstehende Osterfest erleben würde. Der Kaiser ist in Folge dessen, wie leicht begreiflich, ungemein aufgeregt, was seine Umgebung nicht wenig ängstigt. Graf Alexander Adlerberg, der Hofminister, hat sich daher sogar hinreißen lassen, dem Dr. Botkin gegenüber sich in tadelnder Weise darüber auszusprechen, daß derselbe angeblich so rücksichtslos die Wahrheit herausgesagt, worauf Dr. Botkin ihm kurz erwiderte, daß, wenn sein Kaiser von ihm die Wahrheit fordere, er sie nie verhehlen würde. Der Lebensprozeß ist bei der hohen Kranken eigentlich nur noch künstlich unterhalten und zwar durch Luftgas (Stickstoffoxydul), gemischt mit Sauerstoff und Terpentin, welches sie vier Mal des Tages, um 8 Uhr Morgens, 12 Uhr Mittags, 6 Uhr Nachmittags und 11 Uhr Abends einathmen muß. Die Chaiselongue, auf welcher die Kranke stets am Tage zu ruhen pflegt, wird vier Mal des Tages an den Tisch mit den Gasapparaten gerollt und die mit einer bequemen Vorrichtung zum Athemholen versehene Spitze des Schlauchs der Kranken vor den Mund gehalten. Unter dem Einfluß dieser Gase, namentlich des Luftgases, befindet sich die Kaiserin, wenn auch durch den starken Nervenreiz die verlöschende Lebensthätigkeit immer von Neuem unterhalten wird, doch stets in einem gewissen, halbschlafähnlichen Zustande, so daß es wohl zuweilen passirt, daß z. B. mitten beim Essen ihr der Löffel aus der Hand fällt und sie zurücksinkt, um nach ein paar Minuten wieder für einige Momente aufzuwachen, wenn der beunruhigende Husten die Kranke erschüttert. Dr. Botkin besucht die Kaiserin vier Mal des Tages; für seinen Gehülfen, den Dr. Alyschewsky, ist in der Nähe der Zimmer der Kaiserin eine Wohnung eingerichtet, so daß dieser Tag und Nacht bei der Kaiserin sein kann.

— Aus Weitra wird dem „Wiener Fremdenblatt“ von einem Augenzeugen folgendes grausige Leichenbegängniß berichtet: Unter Anwesenheit einer sehr zahlreichen Volksmenge sollte vor einigen Tagen das Begräbniß des allgemein beliebten Gastwirths Scheidl aus Alt-Weitra stattfinden. Die dem Leichenbegängniß Folgenden erlebten aber ein Alle tieferschütterndes Ereigniß. Als der Leichenzug auf den Nothsteg kam, der wegen Reparatur der zwischen Alt-Weitra und Unsere Frau über die Leinsitz führenden Brücke errichtet ist, brach in dem Augenblicke, als die sechs Träger mit dem Sarge gerade in der Mitte des Steges sich befanden, der Steg unter der Last der vielen Menschen zusammen und sie fielen sammt der Bahre mit dem Todten in die glücklicher Weise dort nicht sehr tiefe Leinsitz. Der Sarg sprang durch den Sturz auf und fiel der Todte aus demselben in das Wasser. Die Fluthen trugen den Leichnam, den Sarg und den Deckel mit sich fort. Eine unbeschreibliche Scene des Entsetzens und der Verwirrung folgte. Fünfzehn vom Stege gestürzte Personen rangen in dem unter der Brücke gegen 4 Schuh tiefen Wasser nach Hilfe, Andere stürzten sich in den Bach, um die Lebenden zu retten und um den Leichnam, Sarg und Deckel aufzufangen. Das ziemlich schnell ziehende Wasser trug den Todten schleunig abwärts, bis er plötzlich unterging und so den Augen der an beiden Ufern nacheilenden Leute entschwand. Der Jammer der beklagenswerthen Wittwe und der Kinder und das Entsetzen der Leichengäste läßt sich nicht beschreiben. Nach langem Suchen mit Kähnen und Stangen konnte die Leiche erst mühevoll unter einem dichten Gestrüppe am Bachrande hervorgeholt werden. Auch der Sarg und der Sargdeckel wurden endlich wieder aufgefischt. Die Kappe, mit der das Haupt des Todten bedeckt war, sowie das Kreuz, das er in Händen gehabt hatte, und die ganze Blumenzier des Sarges hatten die Wellen spurlos fortgeschwemmt. Der Todte wurde nun, wie er war, in den Sarg gelegt, und nachdem die Träger und ins Wasser gestürzten Begleiter sich im Orte „Unsere Frau“ nothdürftig mit trockenen ausgeborgten Kleidern versehen hatten, setzte sich der Zug wieder zum Friedhofe in Bewegung und fand der Verstorbene endlich im Schooße der Mutter Erde seine irdische Ruhe.

Literarisches.

Illustrirtes Konversations-Lexikon der Gegenwart. In zwei Bänden von je 30—36 Heften (a 3 Bogen) a 50 Pf. (Auch in Dreimark-Lieferungen beziehbar. Mit etwa 1500 Textabbildungen, 20—25 Extrabeigaben, statistischen Uebersichten und Tabellen, Karten, Plänen 2c.

Die uns vorliegende zweite Dreimarklieferung dieses Werkes bietet wiederum eine reiche Fülle belehrenden und anregenden Stoffes dar. 6 Hefte (7—12) umfassend, führt sie das prächtige Werk vom Artikel Amerika bis Aufbereitung fort. Aus der Reihe der Artikel heben wir besonders hervor: Aus dem Gebiete der Geographie: Amu Darja, Amur, Annam, Argentinische Republik, Armenien, Asien, Atjeh (Atschin), dazu die Artikel Amsterdam und Antwerpen; auf technologischem: Anilinfarben, Appretur und Aufbereitung; auf militärischem: Artillerie; Naturwissenschaft und Medizin: Anthropologie, Anatomie, Astronomie, antiseptische Mittel; an Biographien sind zu nennen: Andrassy, Anzengruber, Arany, Harry v. Arnim, Auersperg u. v. A. Dem regen Leben der Gegenwart entsprechend sind auch Zeitgeschichte, Rechtskunde und Politik reichlich bedacht. Beigegeben ist diesem Hefte ein großes Tableau der Ausstellungsbauten auf dem Pariser Trocadero während der Ausstellung von 1878. Wir können nicht umhin, wiederholt auf dies zeitgemäße Werk aufmerksam zu machen und den Lesern unseres Blattes den Kauf desselben anzuempfehlen. [43]

Telegraphische Depeschen.

Baden-Baden, 15. April. Die Königin Viktoria hat mit der Prinzessin Beatrice Baden-Baden heute Abend $7\frac{3}{4}$ Uhr verlassen und sich mittelst Extrazuges über Straßburg und Luxemburg nach Brüssel begeben, wo sie morgen früh $9\frac{1}{2}$ Uhr einzutreffen gedenkt. Die Königin Viktoria hat sich vor der Abreise über ihren hiesigen Aufenthalt sehr befriedigt geäußert und für mehrere Vereine, wie für die Armen reiche Geschenke zurückgelassen.